



Beitrag von Matthias Michel für Oberwiler Zytig Nr. 4/2003 vom Oktober 2003

Volksabstimmung vom 19. Oktober 2003

## **Ein Ja zu Gunsten der Bildung**

von Matthias Michel, Bildungsdirektor

**Die Oberwiler Schule ist für ihre engagierte, aufgeschlossene Haltung bekannt. Ebenso bekannt ist, dass Oberwilerinnen und Oberwiler ein waches Auge auf die Schulentwicklung werfen. Ich meine, dass aus Oberwiler Sicht die Schulvorlage, welche am 19. Oktober zur Abstimmung gelangt, Zustimmung verdient.**

Breite Unterstützung - finanzpolitische Fragen

Den vier Gesetzesänderungen zur Unterrichtszeit und Intensivfortbildung wird weit herum attestiert, dass sie gezielte, lösungsorientierte Massnahmen darstellen. Die Bedenken der Gegnerschaft sind primär finanzpolitischer Art: Liegt es in dieser für die Privatwirtschaft und das Staatswesen schwierigen Zeit überhaupt drin, Mehrausgaben zu Gunsten der Bildung zu beschliessen? Diese Frage kann bejaht werden, wenn diese Mehrkosten gezielt dort eingesetzt werden, wo in der Schule dringender Handlungsbedarf besteht. Und sie kann ebenfalls bejaht werden, wenn damit auch Anliegen aus Wirtschaftskreisen, welche der Vorlage zum Teil skeptisch gegenüber stehen, berücksichtigt werden. Beide Voraussetzungen sind erfüllt, weshalb sich auch ein politisch breit abgestütztes Komitee für die Abstimmungsvorlage stark macht.

Die Gemeinden, der Regierungsrat und die Mehrheit des Kantonsrates haben denn auch die Verbesserungen bei der Unterrichtszeit und der Intensivfortbildung der Lehrpersonen erarbeitet und unterstützt. Zur Volksabstimmung kommt es, weil etwas mehr als ein Drittel des Kantonsrates die Gesetzesänderung dem Behördenreferendum unterstellt hat.

Höhere Anforderungen an die Schule

Von niemandem bestritten ist, dass die Anforderungen an die Schule und damit auch die Arbeitsbelastung der Lehrpersonen in den letzten Jahren markant zugenommen haben: Verstärkte Erziehungsarbeit, Gewalt- und Suchtprävention, Zunahme der sozialen und kulturellen Unterschiede innerhalb einer Klasse, rasante technologische Entwicklung usw. Die Schule – dies eine Forderung gerade auch aus Wirtschaftskreisen – hat diesem veränderten Umfeld Rechnung zu tragen, und dies möglichst rasch und flexibel, um die Schulqualität zu erhalten und zu verbessern. Der schon seit längerer Zeit bestehende Handlungsbedarf besteht primär im Bereich der zeitlichen Rahmenbedingungen. Dort knüpfen die vier neuen Massnahmen ganz gezielt an.

Wirtschaft fordert gezielte Investitionen

Auch in wirtschaftlich und für den Staat finanzpolitisch schwierigen Zeiten fordert die Wirtschaft (zu recht) Investitionen in die Bildung. Aus Gesprächen mit Wirtschaftsvertretern sind mir Anliegen bekannt, welchen die vier vorgeschlagenen Massnahmen klar entgegen kommen:

- So wird explizit gefordert, das Klassenlehrersystem auf der Primarstufe beizubehalten und zu stärken. Dies gelingt nur, wenn die Klassenlehrperson sämtliche mit der



Klassenführung zusammenhängenden Aufgaben, auch die zunehmend organisatorischen und beratenden Funktionen wahrnehmen kann, was mit der neuen Klassenlehrerstunde beabsichtigt ist.

- Wenn in der Schweiz schon relativ spät eingeschult wird, sollen die Kinder zumindest im Kindergarten bereits individuell gefördert werden. Diesem Aspekt wird mit der höheren, entsprechend besoldeten Arbeitszeitverpflichtung für Kindergärtnerinnen Rechnung getragen.
- Angeregt wird die Stärkung der Autonomie und Verantwortung der einzelnen Schule. Genau dies kann gefördert werden, indem die Gemeinden mit dem Pensenpool ein neues flexibles Führungsinstrument erhalten: Der Betrieb und die Entwicklung der einzelnen Schule können – je nach Bedarf – unterstützt werden.
- Schliesslich wird ausdrücklich danach gefragt, wie man gute Lehrkräfte im Schuldienst behalten könne. Die neuen Fortbildungsmöglichkeiten sind eine Antwort darauf (je eine dreimonatige Intensivfortbildung nach 12 bzw. 24 Dienstjahren).

#### Positive Wirkung der Massnahmen

Die positive Wirkung dieser Massnahmen wird auch von den Gegnern nicht bestritten. Sie erachten jedoch zusätzliche Ausgaben aufgrund der Lage der Staatsfinanzen sowie der guten übrigen Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte im Kanton Zug als nicht opportun. Diese gegnerischen Argumente ändern aber nichts am beschriebenen Handlungsbedarf sowie daran, dass gerade auch die Wirtschaft auf Anpassungen der Schule an veränderte Verhältnisse angewiesen ist. Investitionen in die Bildung sind sodann mittel- bis längerfristig zu betrachten. Deshalb sind Anstrengungen zugunsten unseres Bildungsstandortes trotz der (hoffentlich bald vorübergehenden) wirtschaftlichen Stagnation wichtig. Dies mit einem Ja zur Abstimmungsvorlage zu bezeugen, dazu sind Zugerinnen und Zuger am 19. Oktober aufgerufen.

Matthias Michel